



## Presseinformation

Nr. 138/2010 Kiel, 18. November 2010

*Redebeitrag – Es gilt das gesprochene Wort!*

Konzept für die Weiterentwicklung des Flughafens Kiel

**Helmut Landsiedel**  
Fraktionsvorsitzender

**Christina Musculus-Stahnke**  
stv. Fraktionsvorsitzende

**Silke Jürgensen**  
stv. Fraktionsvorsitzende

**Wolf-Dietmar Brandtner**  
Ratsherr

### **Rot-grünes Gezerre zum Schaden der Stadt**

In der heutigen Sitzung der Ratsversammlung sagt der Vorsitzende der FDP-Ratsfraktion, Helmut Landsiedel, in der Debatte zu TOP 13 „Konzept für die Weiterentwicklung des Flughafens Kiel“ sowie zu dem Änderungsantrag der FDP-Ratsfraktion, TOP 13.1:

„Die FDP-Ratsfraktion hat sowohl in der vergangenen Wahlperiode als auch in den letzten Jahren die hohen Zuschüsse der Stadt an die KFG zur Aufrechterhaltung des Flugplatzes heftig kritisiert. Trotz unserer zahlreichen Anträge und Vorschläge gab es keine Weiterentwicklung, keine Konzepte zur wirtschaftlichen Nutzung dieser Fläche. Deshalb war auch für uns die Schließung des Flughafens und die Auflösung der KFG eine durchaus denkbare Lösung. Jetzt endlich liegt ein Antrag des Oberbürgermeisters vor, den wir in der Zielrichtung der Variante A deutlich unterstützen werden, denn er greift damit genau die Punkte auf, die wir in unseren Anträgen vorgeschlagen und gefordert haben.

Hier hat die Stadt eine einmalige Chance, ein zusammenhängendes Gebiet für die Entwicklung von Industrie, Handwerk und Dienstleistungen zu erschließen. Ein Gebiet, das sowohl für flughafenaffine Betriebe geeignet ist, aber auch für maritime Zwecke genutzt werden kann. Und diese Entwicklung sollte bald kommen und nicht vertagt werden, schließlich sind die Rahmendaten allen Fraktionen seit Monaten bekannt.

Sicherlich werden auch wir noch weitere Details einfordern. Und einen Punkt des Antrags wollen wir heute ändern. Denn Punkt 4 des OB-Antrags ist uns viel zu allgemein. Hier fordern wir konkrete Vorgaben: spätestens ab 2016 soll der heutige Zuschussbedarf jährlich um 15 bis 20 % reduziert werden, so dass dieser nach fünf, spätestens nach sieben Jahren Null beträgt.

Das heutige Prozedere, das Gezerre usw. zeigen nur einmal mehr, wie tief der Graben in der Kooperation ist - zum Schaden der Stadt!“

V. i. S. d. P.

Peter Helm  
Fraktionsgeschäftsführer

Anlage  
Änderungsantrag FDP-Ratsfraktion